

11. Der Ausbruch nach oben: Mystik und Kontemplation

Mit Freuden stellen wir fest, daß Gott in der Dritten Welt eine *erfahrbare Wirklichkeit* ist. In Asien lernen wir, daß die Meditation und das Schweigen vor Gott eine weitverbreitete Bewegung im Volk ist; in Afrika, daß der Leib tatsächlich Tempel Gottes ist und daß die Gegenwart des lebendigen Gottes in Rhythmus und Tanz gefeiert wird; in Lateinamerika, daß die Volksreligiosität und die Verehrung der Heiligen trotz aller Ausbeutung sinnstiftende Wirklichkeiten sind.

Wir erinnern uns an Franz von Assisi, der überall und zu jeder Zeit Gott anbeten und in allen Geschöpfen lieben wollte. Er zog sich in das Schweigen der Höhlen, Wälder und Kirchen zurück. Er übersetzte seine innere Erfahrung von Gott in Bilder, Gesten und Spiele. Er spielte die Geheimnisse Jesu (Weihnachten, Ostern, Eucharistie...). Er verband sich mit dem Bedürfnis des Volkes, mit leiblichen Augen zu sehen und mit eigenen Händen zu greifen. In der Welt und in allem Tun war er ganz bei Gott und vor

Gott war er ganz erfüllt von den Sorgen der Menschen. Darum wollen wir dem Gebet, der Liturgie und dem Schweigen wieder ein eigenes Gewicht geben. Ohne Angst wollen wir dem Glaubensausbruch des Volkes begegnen und uns kreativ daran beteiligen. Wenn wir mit unserem Volk vor Gott stehen, sind alle unsere Kämpfe und Leiden, alle Erwartungen und Hoffnungen in eine Dimension gebracht, die alles übersteigt und gleichzeitig alles erfüllt.

12. Schluß

Wir stellen fest, daß Franziskus dem Suchen der Menschen in der ganzen Welt Orientierung und Halt gibt. In ihm wird greifbar, daß der neue Mensch bereits innerhalb der Geschichte möglich ist. Wir glauben, daß alle, die in seiner Nachfolge die genannten Aspekte zu verwirklichen suchen, „im Himmel erfüllt werden mit dem Segen des höchsten Vaters und auf Erden mit dem Segen seines geliebten Sohnes in der Gemeinschaft mit dem Heiligen Geist, dem Tröster“ (Test).

Gesellschaftliche Zeitfragen

Einflüsse auf die Beschäftigungslage

An Veränderung struktureller Rahmenbedingungen

In einem dritten Beitrag über mittel- und langfristige Einflüsse auf die Beschäftigungslage (vgl. die ersten beiden Artikel in HK, September 1982, 451–455 und HK, Oktober 1982, 513–516) beschreibt Wolfgang Klauder, der Leiter des Arbeitsbereichs „Mittel- und langfristige Vorausschau“ im Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, die strukturellen Auswirkungen der durch neue Technologien, Umstellungen auf den Weltmärkten und die Bevölkerungsentwicklung bei uns veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitskräftebedarf.

In den 70er Jahren haben sich für die deutsche Wirtschaft grundlegende außerökonomische Rahmenbedingungen entscheidend verändert:

- Mit dem Eintritt der Basisinnovation der Halbleitertechnologie bzw. der Mikroelektronik aus der Grundlagenphase teils in die Inventions-, teils in die Innovationsphase hat die sogenannte zweite (oder dritte) industrielle Revolution begonnen. Mit der mikroelektronischen Informationstechnologie kann nach der physischen Kraft nunmehr auch die Intelligenz des Menschen teilweise durch die Technik ersetzt werden.
- Die Ölkrise des Herbstes 1973 beendigte die Ära billi-

ger Energiebezüge, leitete eine Periode der Unsicherheit, Rohstoffpreisexplosionen, Zahlungsbilanz- und Wirtschaftskrisen ein und führte zu einer Machtverschiebung zugunsten der Dritten Welt (Opec-Kartell, Nord-Süd-Konflikt).

- Das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene System fester Wechselkurse wurde weltweit aufgegeben. Damit endete auch die langjährige Unterbewertung der DM, die die deutschen Importe erschwerte und die deutschen Exporte gefördert hatte.
- Manche Lebenseinstellungen wandelten sich in der Bevölkerung, angefangen vom veränderten Geschichtsbewußtsein (Denkmalschutz) bis zum Umweltbewußtsein und der Technologie- und Wachstumsbewertung.
- Fast überall in Europa sind die Geburtenraten gesunken, und es bahnt sich ein Bevölkerungsrückgang an. In der Bundesrepublik schrumpft die deutsche Bevölkerung seit 1973.

Diese Veränderungen erfordern erhebliche Anpassungsvorgänge in der gesamten Volkswirtschaft. Wie werden sich diese auf den Arbeitskräftebedarf auswirken?

Die gravierendsten Folgen für die Arbeitswelt dürften von einem allgemeinen Durchbruch der *Mikroelektronik* zu er-

warten sein. Diese wurden daher bereits im vorangegangenen Heft gesondert diskutiert (vgl. HK, Oktober 1982, 513). Aber auch die übrigen Veränderungen der Rahmenbedingungen sind von erheblicher Tragweite für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Die Chancen liegen in der Innovation

Zur Bezahlung teurer werdender Energie- und Rohstoffimporte wird der reale Anteil der Exporte am Sozialprodukt wachsen müssen. Wenn der *Nord-Süd-Konflikt* nicht neben dem Energie- und Umweltproblem zu dem ernstesten Weltproblem der nächsten Jahre werden soll und die Industrieländer sich nicht um die Absatzmärkte von morgen bringen wollen, muß sogar generell ein zunehmender Teil des Sozialprodukts der Industrieländer an die Dritte Welt abgezweigt werden, sei es freiwillig über mehr Entwicklungshilfe oder zwangsweise über höhere Preise für die Güter der Dritten Welt. Angesichts des explosionsartigen Anstiegs der Weltbevölkerung und der Industrialisierungsbemühungen der Entwicklungsländer dürften sich diese Tendenzen eher noch verstärken als abschwächen. Zu teuer und knapp werdende Importgüter wie z. B. das Öl werden durch andere Güter oder durch Arbeit und Kapital substituiert werden müssen. Für die Bundesrepublik bedeuten diese Tendenzen u. a. vermehrte Bereitschaft zum Umdenken und Strukturwandel, Aufbau einer neuen Energiestruktur, Entwicklung einer breiten Palette zukunftsträglicher energie- und rohstoffökonomischer Produkte und Systemlösungen sowie zunehmende Auslandsorientierung und Auslandsverflechtung.

Im internationalen Konkurrenzkampf dürften nach den Ölpreisexplosionen und der weltweiten *Beendigung der Ära fester Wechselkurse* in der rohstoffarmen Bundesrepublik vor allem die Betriebe und Branchen Zukunftschancen haben, die das hier mögliche Mehr an qualifizierten Arbeitskräften nutzen, den einzigen Produktionsfaktor, über den die Bundesrepublik reichlicher als viele andere Länder verfügen kann.

Für technisch relativ einfache Produktionen und die starke Ausweitung der industriellen Großserienproduktion bietet die Bundesrepublik in vielen Fällen gegenüber den Entwicklungsländern oder im Vergleich zu den konkurrierenden Industrieländern keinen Standortvorteil mehr. Die Stärke der Bundesrepublik als rohstoffarmes Land mit vergleichsweise hohem Qualifikations- und Lohnniveau liegt in der höchstmöglichen und/oder speziellen Veredlung von Rohstoffen sowie in der *Innovation* und der Nutzung der dadurch möglichen „Know-how“-Vorsprünge für die Lieferung von Produktionsanlagen und für die Beratung.

Der internationale Wettbewerb dürfte demzufolge – unter der Voraussetzung eines weiteren Ausbaus einer nicht-protektionistischen Weltwirtschaft – in der Bundesrepublik den bereits zu beobachtenden Trend zur Produktion und zum Export von forschungs- und entwicklungsintensiven Produkten und vollständigen Werksanla-

gen sowie von beratenden Dienstleistungen aller Art weiter vorantreiben. Dies muß zweifellos den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft erhöhen. Forschung und Entwicklung, Kreativität und Innovation werden noch wichtiger werden als bisher.

Ferner wird das *verstärkte Umweltbewußtsein* die weitere Expansion umweltbelastender und rohstoffintensiver Produktionen behindern und verteuern. Abgesehen davon, daß der aus anderen Gründen erwartbare wirtschaftliche Strukturwandel bereits ökologischen Erfordernissen entgegenkommt, braucht künftiges Wachstum aber nicht nur auf herkömmliche oder sogar umweltbelastende Art zu erfolgen, sondern kann auch vorwiegend durch Entwicklung und Expansion von umweltschonenden rohstoff- und energiesparenden Technologien und Produktionen und durch *Ausweitung der Dienstleistungs- und Infrastrukturbereiche* mit geringer Kapital- und Rohstoffintensität und niedrigen nachteiligen ökologischen Folgewirkungen erzielt werden. Beispielsweise lassen sich nach allen vorliegenden Untersuchungsergebnissen Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in einer flexiblen Marktwirtschaft zumindest längerfristig durchaus auch mit unterschiedlichen Energiestrukturen vereinbaren. Energiewirtschaftliche Investitionen zum Aufbau unterschiedlicher Energiestrukturen führen zu jeweils bedeutsamen Beschäftigungseffekten. Aufgrund des Substitutionsprinzips der Marktwirtschaft werden im allgemeinen kurzfristig ernst zu nehmende Sachzwänge bereits mittelfristig zweifelhaft und langfristig mit Sicherheit aufgehoben, wenn man den Preismechanismus spielen läßt.

An Wachstumfeldern mangelt es nicht

Ein besonderes Problem ist, inwieweit es vom Bürger gewollt und inwieweit es nötig ist, daß auf manchen Wachstumfeldern im Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich der Staat selbst auf Dauer tätig wird. Mit gezielter Starthilfe und Unternehmensberatung könnten in zahlreichen Fällen sicherlich viele qualifizierte Fachkräfte *Möglichkeiten für selbständige privatwirtschaftliche Existenzen* finden, wobei man auch an die sonst unterbleibende Ausweitung bisher allein vom Staat angebotener Dienstleistungen denken müßte. Ein Beispiel für ein mit Sicherheit privatwirtschaftlich erschließbares aktuelles neues Tätigkeitsgebiet dürfte die umfassende Energieberatung der Wirtschaft, der Verwaltungen und der privaten Haushalte werden.

Häufig macht sich allerdings bereits heute wegen des langfristigen Bevölkerungsrückganges *Nachfrage- und damit Wachstumspessimismus* breit. Obgleich die Pro-Kopf-Einkommen steigen, solange das Wachstum höher ausfällt als die Bevölkerungsabnahme, werden sicherlich nach 1990 im Inland durch die sinkende Kopffzahl für einzelne Güter häufiger und früher als bisher Sättigungsgrenzen erreicht werden. Von einer allgemeinen Bedarfs-

sättigung kann jedoch auch bei den derzeit angebotenen Sachgütern und Dienstleistungen noch für eine sehr lange Zeit keine Rede sein, wie ein Blick in die Statistik zeigt. Ferner wird z. B. damit gerechnet, daß in den nächsten Jahren die *neuen Technologien* die Absatzpotentiale im Bereich der Unterhaltungselektronik, der Haushaltsgeräte, der Kraftfahrzeuge, der Freizeitgüter wieder über den „normalen“ Ersatzbedarf hinaus ansteigen lassen werden. Außerdem läßt der technische Fortschritt immer wieder neue Märkte entstehen, über die nach allen Erfahrungen mit Technologieprognosen heute vielfach noch gar keine Vorstellungen bestehen können. Z. B. waren in einer amerikanischen Technologieprognose aus dem Jahre 1937 weder Computer noch Kernkraftwerke, Düsenflugzeuge, Radargeräte noch Antibiotica vorausgesehen worden. Auch die durch die Mikroelektronik neu entstehenden Märkte sind gegenwärtig noch nicht abzuschätzen. Ferner mangelt es nicht an ausgesprochenen Wachstumfeldern, worauf mehrere Forschungsinstitute immer wieder hinweisen. So nennt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung als Beispiele für Wachstumsmöglichkeiten

- Wiedergewinnung und Verbesserung der Umweltqualität
- Ausbau der Lebensqualität der Städte
- Durchsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen
- Integration und bessere Versorgung von benachteiligten Gruppen der Gesellschaft.

Allein auf dem Energiegebiet stehen in aller Welt riesige Umstrukturierungsinvestitionen bevor. Die Energiekrise bringt nicht nur Wachstumsgefahren mit sich, sondern eröffnet auch beachtliche neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die denen der expansiven Wiederaufbaujahre nach dem Kriege nicht nachzustehen brauchen.

Weshalb dann trotzdem der Wachstumspessimismus und die Wachstumsschwierigkeiten? Vermutlich haben sich in den 70er Jahren in aller Welt zu viele entscheidende Rahmenbedingungen für die Wirtschaft grundlegend verändert, die Unsicherheit hervorgerufen haben und erhebliche und nicht von heute auf morgen zu bewältigende Anpassungsvorgänge erforderlich machen. Außerdem fehlt es heute an ausreichendem Konsens in der Gesellschaft über die Art des Wachstums. Manche sprechen aus diesen Gründen auch von einem *Stau an erforderlichem Strukturwandel*. Auch scheint sich eine matte Lust am Status quo oder Nullwachstum ausgebreitet zu haben. Ferner dürfte eine Rolle spielen, daß sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Wirtschaftswissenschaft das Richtungspendel – wie so häufig im Leben – zu sehr von einem Extrem ins andere ausgeschlagen hat. Während in der Vergangenheit der Verbesserung der Angebotsbedingungen zu wenig Beachtung geschenkt wurde, scheinen heute die Nachfrage- und Kreislaufzusammenhänge zu sehr vernachlässigt zu werden.

Notwendig wird eine weitere Verschiebung zu tertiären Berufen

Sollte schließlich durch den *Bevölkerungsrückgang* längerfristig der Inlandsmarkt zu klein oder die Sparquote zu hoch werden, so dürfte – bei Ausbau einer nicht-protektionistischen Weltwirtschaft – angesichts der rapide anwachsenden Weltbevölkerung und des ungeheuren Nachholbedarfs der Entwicklungsländer ein weiteres absolutes und relatives Ansteigen der Güter- und der Kapitalexporte möglich sein und auch im dringenden Interesse der übrigen Menschheit liegen. Der Bevölkerungsrückgang muß mithin ebenfalls zu einer weiter zunehmenden Auslandsorientierung unserer Wirtschaft führen.

Sowohl eine *weiter zunehmende Außenhandelsverflechtung* als auch ein bei steigenden Pro-Kopf-Einkommen mengenmäßig kleiner werdender Binnenmarkt werden zwangsläufig den Strukturwandel zu höherwertigen forschungs- und entwicklungsintensiven Sachgütern und zu Dienstleistungen aller Art verstärken und beschleunigen.

Die anhand der veränderten Rahmenbedingungen dargestellten Trends erlauben folgende Schlußfolgerung:

Langfristig dürfte sich die Bundesrepublik zu einer forschungs- und entwicklungsintensiven Wirtschaft mit zunehmender Auslandsorientierung und hohem Dienstleistungsanteil sowie sinkendem Anteil an einfacher industrieller Massenproduktion hin bewegen.

Damit dürfte die Richtung des beim Arbeitskräftebedarf zu erwartenden Strukturwandels in groben Zügen eindeutig sein, nämlich eine *weitere Verschiebung hin zu höher qualifizierten und zu tertiären Berufen* in allen Sektoren und zu tertiären Tätigkeiten in den Berufen.

Bestehen bleibt jedoch die hemmende Unsicherheit darüber, wie schnell und wohin im Detail der welt- und binnenwirtschaftliche Strukturwandel verlaufen wird, nachdem die Bundesrepublik heute zu den technologisch führenden Industrieländern gehört und daher in Zukunft weit mehr als in den durch Wiederaufbau und Nachholbedarf gekennzeichneten 50er und 60er Jahren wirtschaftlich und technologisch Neuland betreten muß, was sowohl den Prognosemöglichkeiten als auch erst recht allen Planungstendenzen enge Grenzen setzt. Es gibt einen breiten Korridor möglicher Entwicklungen, die bis zu einem gewissen Grade auch politisch beeinflussbar sind.

Soviel läßt sich aber immerhin nach allen vorliegenden Projektionen sagen: Der zukünftige Strukturwandel dürfte sich günstig auswirken auf die Zahl der Arbeitsplätze im sog. *tertiären Sektor* selbst (Handel, Verkehr, Dienstleistungen, Staat) und auf die Zahl der tertiären Arbeitsplätze innerhalb des sekundären Sektors (also die Dienstleistungsfunktionen in Industrie, Handwerk, Bau). Ferner innerhalb der Industrie auf diejenigen Branchen, die für ihre Produktion einen relativ hohen Anteil qualifizierter Arbeitskräfte wie Techniker, Forscher, Organisationsfachleute usw. benötigen oder die auf eine enge transportaufwendige Lieferverflechtung angewiesen sind. Innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes bzw. se-

kundären Sektors wird es zu einer starken Umstrukturierung zugunsten der Investitionsgüterindustrie kommen. Luft- und Raumfahrzeugbau, Datenverarbeitung und Büromaschinen, Maschinenbau, Feinmechanik und Optik sowie Teile der Elektrotechnik dürften neben der Energiewirtschaft, den NE-Metallgießereien und Teilen der chemischen Industrie die einzigen Branchen im sekundären Sektor sein, deren Arbeitskräftebedarf auch in Zukunft selbst bei relativ schwachem gesamtwirtschaftlichem Wachstum tendenziell noch steigen könnte.

Der trotz Rezession bisher ungebrochene Trend zu den tertiären Sektoren wird sich nach allen Projektionen fortsetzen. Beispielsweise werden in diesen Sektoren sowohl nach einer Projektion des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung als auch nach dem jüngsten „prognos report nr 11“ 1990 jeweils rd. 800 000 Personen mehr beschäftigt sein als 1980, während primärer und sekundärer Sektor zusammen mindestens um diese Größenordnung schrumpfen dürften. Im Jahre 2000 könnten auf die tertiären Sektoren rd. 55% der Beschäftigten entfallen nach 49% 1980. Hauptträger der Expansion sind die privaten und die staatlichen Dienstleistungen, wobei natürlich bei den staatlichen Dienstleistungen ein erheblicher Gestaltungsspielraum besteht. Auch wird der Staat bei schwachem Wirtschaftswachstum aus Haushaltsgründen zu einer restriktiven Personalpolitik neigen. Bemerkenswert ist aber, daß selbst 1981 bei sinkender Gesamtbeschäftigung sowohl die privaten als auch die staatlichen Dienstleistungen noch um jeweils rd. 50 000 Erwerbstätige expandierten.

Erfordert wird höhere Ausbildung und Flexibilität

Der bereits realisierte *Trend zur Dienstleistungsgesellschaft* im weitesten Sinne wird noch deutlicher, wenn man nicht auf die sektorale Zuordnung der Unternehmen, sondern auf die unmittelbaren Tätigkeiten der Erwerbstätigen unabhängig von ihrer Sektorzugehörigkeit abstellt. 1980 waren bereits 56% aller Erwerbstätigen mit verteilenden, administrativen und koordinierenden Tätigkeiten (35%) oder mit Dienstleistungsarbeiten wie Forschen, Ausbilden, Erziehen, gesundheitlich Betreuen befaßt, während der entsprechende Anteil 10 Jahre zuvor rd. 48% betrug. Nur noch 24% der Erwerbstätigen waren 1980 unmittelbar mit dem Herstellen von Waren beschäftigt, 20% übten Hilfsfunktionen für Produktion und Dienstleistungen wie Maschinenbedienung, Transport-, Reparatur-, Reinigungs- und Prüfarbeiten aus.

Nach einer gemeinsam für die Bundesregierung erstellten Studie der Prognos AG und der Mackintosh Consultants Company, deren Ergebnisse auch weitgehend den IAB-Einschätzungen entsprechen, dürfte in Zukunft innerhalb aller Sektoren der Anteil der Arbeitsplätze wachsen für Maschineninstallation, -reparatur und -wartung, fachspezifische Beratungs-, Leitungs- und F + E-Funktionen, Si-

cherheitsfunktionen, Gesundheits- und Pflegedienste, dispositive Tätigkeiten, Erziehungsfunktion, Reinigungstätigkeiten.

Deutlich sinkende Arbeitsplatzanteile werden dagegen erwartet für Bedienung von Verarbeitungsanlagen (d. h. angelernte Tätigkeit zur Maschinenbedienung und maschinengestützten Montage), Handreichungstätigkeiten (d. h. Hilfs- und Lagerarbeiter, Baumaschinisten u. ä.), Fachaufgaben im Baubereich, Bürotätigkeiten, allgemeine Vermittlungsfunktionen (d. h. Handelskaufleute u. ä.). Faßt man die verschiedenen Tätigkeitsbereiche nach dem Niveau der für ihre Ausfüllung benötigten Ausbildungsqualifikation zusammen, so zeigt sich eine deutliche Tendenz zu höher qualifizierten und flexibler einsetzbaren Arbeitskräften.

Zurückgehen wird demzufolge die Zahl der Arbeitsplätze für un- oder angelernte Tätigkeiten, für die fachspezifischen Tätigkeitsbereiche, die in der Regel eine berufliche Fachausbildung ohne besondere darauf aufbauende Weiterbildung verlangen. Zunehmen wird demgegenüber die Zahl der Arbeitsplätze für Arbeitskräfte mit beruflicher Fachausbildung, deren Einsatzbereich bereits von der Grundausbildung her und besonders aufgrund umfassender Weiterbildungen weitgesteckt ist (z. B. Installations-, Wartungs-, Verkaufs-, Sicherheitsfunktionen), Arbeitskräfte auf dem Fachschul- und auf dem Hochschulniveau, wobei Arbeitskräfte mit weitem funktionalem Einsatzbereich (wie Geschäftsführung, Beratungs- und Forschungstätigkeit) meist aufgrund umfangreicher Weiterbildung deutlich günstigere Arbeitsplatzchancen haben dürften als ihre Kollegen mit etwas begrenzter fachlicher Verwendbarkeit (wie Erzieher, Bank- und Versicherungsfachkräfte, Gesundheitsdienste, Rechtsanwendung und -beratung).

Diese Verlagerung der Anforderungsprofile zugunsten höherer Qualifikation wird auch innerhalb vieler Tätigkeitsbereiche erwartet. Der Trend, daß Wirtschaftszweige Arbeitsplätze für Qualifikationen anbieten, die sie bisher nicht benötigten, dürfte sich fortsetzen. Für viele Tätigkeitsbereiche erweitert sich das Angebotsspektrum nach Branchen und Regionen.

Dennoch kann Arbeitslosigkeit nicht allein durch Wirtschaftswachstum vermindert werden

Die Bundesrepublik steht somit aufgrund der entscheidend veränderten Rahmenbedingungen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Ohne Zweifel werden die damit verbundenen Aufgaben, Probleme und Umstellungen um so leichter und schneller bewältigt werden können, je größer Bereitschaft und Fähigkeit sind, flexibel zu reagieren und dazuzulernen. Eine Voraussetzung dazu sind breit angelegte, *fachübergreifende Schlüssel-Qualifikationen*, zumal über künftige Anforderungen und Schulungserfordernisse die Wis-

senschaft im einzelnen nur unzureichende Hinweise geben kann. Eine weitere Voraussetzung wird sein, wieder zu einem breiten *Konsens in der Bevölkerung über die Art des Wachstums* zu gelangen und die gerade in einer Rezession besonders starken Vorbehalte gegenüber der „alte“ Arbeitsplätze vernichtenden Seite des Strukturwandels auf befriedigende Weise zu überwinden. Je schneller der Strukturwandel vollzogen werden kann, um so eher wird auch die jetzige Anpassungskrise gemeistert und wieder ein den Beschäftigungserfordernissen gerechter werdendes Wachstum erreicht werden können. Angesichts des Umfangs des demographisch bedingten Potentialzuwachses an Erwerbspersonen ist es aber den-

noch sehr fraglich, ob die Arbeitslosigkeit in den nächsten 10 Jahren *allein* mit Hilfe des Wirtschaftswachstums genügend vermindert werden kann. Dazu müßte das Wirtschaftswachstum durchschnittlich-jährliche Raten von mindestens 5% erreichen. Zur Wiedererlangung eines hohen Beschäftigungsgrades erscheint daher ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig, die an den verschiedensten Stellen ansetzen. Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme der 80er und 90er Jahre dürfte auch kaum mit einem bloßen „Fortfahren auf den eingefahrenen Gleisen“ erreichbar sein, sondern innovatorische Antworten – nicht zuletzt auch auf dem Gebiet *flexibler Arbeitszeiten* – erfordern.

Wolfgang Klaunder

Länderbericht

Gebremster Fortschritt

Fragwürdige Entwicklung in Madagaskar

Für viele Europäer liegt Madagaskar so weit entfernt, daß sie es einfach als einen Teil Afrikas betrachten. Geographisch ist dies auch bis zu einem gewissen Grad der Fall, in anderer Hinsicht jedoch bestehen wesentliche Unterschiede. Die Trennung durch den Kanal von Moçambique, die besonderen *topographischen und klimatischen Verhältnisse* sowie die Lage *abseits der großen Handelsrouten* mögen eine oberflächliche Erklärung dafür abgeben, daß die Entwicklung anders verlaufen ist als auf dem afrikanischen Kontinent. Die *einheitliche Eingeborenen-sprache*, die gegenüber jeder Religion heute zu beobachtende *Toleranz* und die nachhaltige *Prägung durch die französische Kultur* sind weitere charakteristische Elemente.

Madagaskar wurde erst in den letzten zwei Jahrtausenden besiedelt, und zwar in mehreren Wellen von allen Völkern des Indischen Ozeans. *Bantu* vom afrikanischen Festland, *Araber*, *Malaien*, *Chinesen*, *Melanesier* und schließlich auch noch *europäische Piraten* mischten sich hier zu einer eigenen, wenn auch nicht einheitlichen Rasse. Die madagassische Sprache, die in verschiedenen Dialekten auf der ganzen Insel gesprochen wird, ist aus dem Malaiischen entstanden, hat aber auch afrikanische Elemente aufgenommen. Hervorstechendes Merkmal der madagassischen Kultur ist der *Abnenkult*, der im „famadihana“ gipfelt, der „Rückkehr der Toten“, deren Gebeine in einer feierlichen Zeremonie ausgegraben und neu beigesetzt werden. Dieser Kult ist so stark verwurzelt, daß ihn auch die katholische Kirche mitvollzieht.

Anthropologisch ist ein negrides und ein malaiisches Bevölkerungselement zu unterscheiden. Die erste Gruppe ist stärker im Westen (Sakalaven) und im tropischen Gürtel der Ostküste (Côtiers) vertreten, während die zweite das

Hochland (Hauptgruppe: Merina ca. 2 Millionen, Betsimisaraka 1,2 Millionen) bewohnt. Die politische Führung des Landes liegt traditionell in den Händen der Hochlandbewohner, nur der erste Präsident Madagaskars, *Philibert Tsiranana*, gehörte der Gruppe der Côtiers an. Die Besiedlung ist mit 15,1 Einwohnern pro Quadratkilometer sehr dünn, doch ist die Bevölkerung sehr ungleichmäßig verteilt: In der östlichen Randzone des Hochlandes leben auf nur 4 Prozent der Gesamtfläche der Insel 25 Prozent der Bevölkerung.

Abkoppelung von Frankreich

Madagaskar, seit 1896 französische Kolonie und bereits im 17. und 18. Jahrhundert zeitweise unter französischer Herrschaft, wurde 1958 selbständige Republik innerhalb der Französischen Gemeinschaft (Communauté) und erhielt 1960 die volle Unabhängigkeit. Seit 1946 waren alle Madagassen französische Staatsbürger, aber nur eine kleine romanisierte Oberschicht besaß das Privileg, Abgeordnete für das französische Parlament und die kommunalen Gremien zu wählen. 1956, als man auch in Frankreich spürte, daß die koloniale Ära ihrem Ende entgegenging, verabschiedete das französische Parlament ein Gesetz, das allen erwachsenen Madagassen das *Wahlrecht* zusicherte und ihnen einen Anteil an der *Ausübung der Exekutive* gewährte. Um dem übermächtigen Einfluß des Merina-Stammes gegenzusteuern, ermutigte die Kolonialverwaltung 1957 die Bildung einer Partei, die sich weitgehend aus Küstenbewohnern zusammensetzte, der PSD (Sozialdemokratische Partei) unter der Führung von